

Staatssekretär Steinwender über die Beschwerden gegen die Steuerverwaltung.

Wien, 23. Januar.

Der Staatssekretär für die Finanzen Dr. Otto Steinwender äußerte sich heute zu Vertretern der Presse über den Standpunkt, den die Finanzverwaltung gegenüber der Steuerbeschwerden der Bevölkerung einnimmt, in folgender Weise:

Wir haben für das nächste Halbjahr einen Vorschlag aufgestellt, wonach wir in dieser Periode für Deutschösterreich ein Defizit von 1000 Millionen Kronen haben, das wäre ein Jahresdefizit von 2000 Millionen; darunter ist als Ausgabe für die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld ein Betrag von 1300 Millionen Kronen für das ganze Jahr gemäß dem Bevölkerungsschlüssel aufgenommen, wonach auf Deutschösterreich ein Drittel der Staatsschuld entfiel. Das

dieses Defizit sich ohne besondere Tätigkeit von selbst vermindern würde, ist ausgeschlossen, weil im Gegenteil die Ausgaben fortwährend ruckweise steigen, wogegen ich mich vergebens gewehrt habe. Wir haben insbesondere Mehrauslagen für die Volkswehr, wofür nicht weniger als 340 Millionen Kronen präliminiert sind, dann für die Arbeitslosenunterstützung, für die Fortdauer der Unterhaltsbeiträge; die Pragmatifizierung der Stellung der Postbediensteten wird über 100 Millionen kosten und es kommen fortwährend neue Ausgaben. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit starker, neuer Einnahmen. Die Steuern und Gebühren, welche gegenwärtig in Verhandlung stehen und voraussichtlich in der nächsten Woche perfekt werden dürften, werden nach Wiederherstellung normaler Verhältnisse, aber nicht schon im nächsten Jahre, 500 Millionen Kronen bringen. Es ist ausgeschlossen, daß eine vollständige Reform des Steuerwesens in dieser kurzen Zeit gemacht wird, man muß sich mit einem Flickwerk begnügen. Es ist natürlich nicht notwendig, daß wir das Jahr 1919 ohne ein durch Anlehen zu deckendes Defizit schließen, aber wir müssen so weit kommen, uns kreditwürdig zu erhalten, sonst gelingen uns die Anleihen auch nicht. Wir müssen wenigstens über die nächsten paar Monate bis nach den Wahlen, der Sicherung des Friedens und der definitiven Nationalversammlung hinwegkommen und uns so halten, daß wir nicht zusammenbrechen. Es wird sich später einmal wahrscheinlich zeigen, daß der Staat den von ihm übernommenen Verpflichtungen nicht vollständig gerecht werden kann, aber diese Ueberzeugung muß man erst durch eine gründliche Erhebung aller Tatsachen gewinnen, man muß erst durch ein Uebereinkommen mit den anderen Nationalstaaten, insbesondere mit den Tschechoslowaken, dazu kommen, sichere Grundlagen für unsere Zukunft zu finden. Ueber die nächsten Monate bis März müssen wir hinauskommen. Brechen wir jetzt zusammen, so gibt es nicht den Konkurs eines redlichen, vom Unglück getroffenen Geschäftsmannes, sondern den Sturz einer heillosen Wirtschaft, der unter allen Umständen vermieden werden muß.

Die Steuerbeschwerden der letzten Zeit beziehen sich auf alte Einwendungen. In erster Linie auf das Gesetz zur Einhebung der Steuern. Für dieses Steuereinkungsgesetz trage ich selbstverständlich die volle Verantwortung, obwohl es nicht von mir, sondern von den Beamten gemacht worden ist, und obwohl auch zwei hervorragende Abgeordnete, Dr. v. Licht und Friedman, es unterstützt haben. Namentlich der letzte hat nachdem seinen Einwendungen teilweise Rechnung getragen wurde, das Gesetz befürwortet und er sollte daher seinen Teil der Verantwortung auf sich belassen. Das Gesetz ist in großer Eile gearbeitet und da sind Fehler passiert. Es liegt nichts daran, den Termin der Steuerbegleichung, da am 1. Februar der Zins zu zahlen ist, auf den 1. März oder 1. April zu verschieben. Falsch ist es zu behaupten, daß durch das Steuer-gesetz der Mittelstand besonders bedrückt wird. Unter den Steuerveranlagungen seit Beginn des Jahres betragen nur 600 Fälle Einkommen unter 50.000 K., 1000 Fälle Einkommen zwischen 50.000 und 100.000 K. und weit über 2000 Fälle Einkommen über 200.000 K. Wer über 200.000 K. einnimmt, ist ein doppelter Millionär und gehört nicht mehr zum Mittelstande. Daß keine Neigung zum Steuerzahlen besteht, nehme ich niemandem übel. Von diesem Steuerbewußtsein in Steuerangelegenheiten, wie es in England während des Krieges beobachtet wurde, ist bei uns nicht die leiseste Spur. Früher wollte man nicht Steuer zahlen, jetzt wissen viele nicht, welchem Staate sie zugehören und hoffen, vielleicht doch durchzurutschen. Wir können aber die Zahlung der Schulzinsen, der Beamtenehälte, der Pensionen, der Arbeitslosenunterstützungen unmöglich einstellen, ohne sofort einen Zusammenbruch zu erleben. Man muß appellieren an den Egoismus jedes einzelnen, der etwas besitzt. Statt dessen geschieht das Gegenteil. Die besitzenden Klassen sträuben sich am meisten und arbeiten mit Mitteln, welche entschieden unpassend sind. Die angeblichen Steuerfeldst-morde sind frivole Erfindungen. Der Zuckerbäcker Bartsch wurde bis in die letzten Jahre nach seinen eigenen Fassionen besteuert. Er hatte ein Haus gekauft, über Barmittel verfügt und erst im letzten Jahre wurde seine Steuer um 8000 K. erhöht, was doch gewiß kein Anlaß zum Selbstmord war. Mit dem Herrn Janowitz hat die Steuerbehörde niemals etwas zu tun gehabt, denn er war ein Fixangestellter und seine Steuer wurde bei seinem Dienstgeber eingehoben. Aber daß bei den Tausenden von Fällen seitens der Steuerbehörde Irrtümer vorkommen, ist unvermeidlich. Die Beamten müssen eine ganze Menge neuer Gesetze studieren, sich in die kompliziertesten Verhältnisse hinein-arbeiten, 11.000 Beamte wurden dem Finanzministerium abgezogen, zu den Fahnen berufen oder für die Volksernährung verwendet. Ich bin hierher gekommen nicht als Vertreter der Beamtenschaft, meine Sympathie reichte viel eher zu den Bauern hinüber, ich hatte für die Beamten kein Verständnis. In den paar Monaten, die ich hier bin, habe ich aber gesehen, daß jener Teil der Bevölkerung, der sich im Kriege am besten gehalten, seine Pflichten trotz Hunger und Elend auf das glänzendste erfüllt hat, die Beamten sind.

Die Bewegung ist gegen meine Person gerichtet und diese kann kein Hindernis bilden, denn es gibt eine Verbesserung zu erzielen oder Uebelständen abzuwehren. Aber mit meinem Rücktritt wäre ja nichts getan, denn diese Steuern müssen kommen, sonst bekommen wir die schlimmsten Bewegungen, große Arbeiterausstände und eine Erregung der Bevölkerung. Heute wurde auf der Börse ein Streik für Montag angekündigt. Ich glaube nicht, daß die Börsenbesucher zu den am meisten bedrückten Personen gehören, sie sind vielmehr durch eine Schlamperie der Verwaltung geschont worden, indem die Erhöhung der Effektenumsatzsteuer im alten Hause nicht erledigt worden ist. Meine Person ist kein Hindernis, die kurze Zeit, die ich noch zu leben habe, werde ich eine Beschäftigung finden und melde mich Ihnen als Kollege für die Zukunft an. Sollten die Steuern nicht gezahlt werden, müssen wir uns helfen. Ich glaube nicht, daß man, wenn die einzelnen streifen, sich an die großen Gesellschaften halten wird, sondern man wird zum Notendrucke seine Zuflucht nehmen müssen, während ich mich bis jetzt bemüht habe, die Antiage auf Heranziehung der Notenpresse stets zu verhindern. Das kann ja einmal später kommen, aber heute würde dies einen Zusammenbruch der Währung bedeuten. Wenn man sieht, daß so große und reiche Leute, die Fleischhauer, Geflügelhändler, Zuckerbäcker, die Börsenbesucher nicht zahlen wollen, so können sie sich denken, welche Stimmung sich daraus entwickelt. Wir haben die bolschewistische Strömungen bis jetzt unschädlich zu machen verstanden und es ist uns besser gegangen wie anderwärts. Wenn aber ein Zusammenbruch eintreten sollte, wenn der Staat die notwendigen Zahlungen nicht leisten könnte, so könnten solche Behinderungen zu revolutionären Strömungen von unten führen, die vielleicht mit einer Reaktion endigen würden. Nun gehen die Besorgnisse der besitzenden Klassen auf die Vermögensabgabe. Sie wird kommen, aber wir sind bestrebt, eine solche Steuer solid und mit Schonung der Produktion zu gestalten, so daß sie noch erträglich ist. Ich bin zufrieden, wenn es gelingt, über die nächsten Monate bis März hinüberzukommen, weil dann die definitive Nationalversammlung Zeit zu einer gründlichen Arbeit und zu einer Verständigung mit den Nationalstaaten gefunden haben wird. Eine solche wird kommen, denn von tschechischer Seite wird in letzter Zeit viel entgegenkommender und vernünftiger gesprochen als früher und wir können nur durch ein Einverständnis mit diesen Staaten, insbesondere mit den Tschechen, deren Wirtschaft auf gleicher Grundlage der materiellen Entfaltung wie die unsrige ruht, zu einer Sicherung unserer Zukunft kommen. Es würde sich nicht gut machen, wenn jemand, der als antikapitalistisch gilt, jetzt besichtigt wird. Ich bin bezüglich der nächsten Zeit in Uebereinstimmung mit den Vertretern sämtlicher Banken, die fremde anvertraute Gelder verwalten, allerdings nicht mit einzelnen Personen, die bei einem Umsturz ein großes Geschäft zu machen oder politisch etwas zu profitieren hoffen. Zu jeder gründlichen Reform gehören Zeit und Voraussetzungen, die erst nach einer Verständigung mit den Nationalstaaten nach dem Frieden geschaffen werden müssen. Es darf nicht zu einem Zusammenbruch kommen, sondern zu einem Abbau, der jedem schwere Opfer auferlegt, uns aber am Leben erhält und kreditfähig macht. Wir können dann, wenn es notwendig wird, kurzfristige Schatzscheine mit niedriger Verzinsung ausgeben, wenn wir wirklich kreditfähig sind. Dazu gehört aber ernster Will und Entschlossenheit, die Steuern zu machen, welche zur Erhaltung unseres Bestandes unbedingt notwendig sind.